Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern. | Leipzig, den 16. April 1921 | Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt. | Nr. 44

Bekanntmachung

Den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker auf dem Wege schriftlicher Abstimmung die

Fortzahlung der Wirtschaftsbeihilfe an Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen

auch für die Monate Mai, Juni und Juli 1921 beschlossen hat, und zwar unter gleichzeitiger Fortdauer des am 3. November 1920 abgeschlossenen Lohnabkommens, das nunmehr Geltung hat bis zum 31. Juli 1921.

Die Fortzahlung der Wirtschaftsbeihilfe erfolgt nach den bisher geltenden Grundsätzen, veröffentlicht in der Bekanntmachung des Tarifamts vom 14. Februar 1921.

Dieser Beschluß des Tarifausschusses hat für beide Tarifparteien verbindliche Kraft.

Berlin, 11. April 1921.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Hans Heenemann, Prinzipalsvorsitzender.

Robert Braun, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Verlängerung des Lohnabkommens

Am 1. April wäre die am 3. November 1920 noch in letzter Minute ohne Zusammenbruch des angerufenen Schlichtungsausschusses Zustande gekommene Teuerungszulage (Nr. 14 — siehe Zusammenstellung in Nr. 4 d. J.) abgelaufen gewesen, wenn von der monatlichen Kündigung Gebrauch gemacht worden wäre. Mit Ende April aber sollte die befristete Wirtschaftsbeihilfe (Teuerungszulage Nr. 15) nach dem Schiedsspruche vom 9. Februar 1921 ihr Ende erreichen.

Die Gauvorsteherkonferenz von Mitte März hat eingehend zu der sich hieraus ergebenden Situation Stellung genommen (siehe darüber Nr. 34). Das war keine einfache Sache. Im „Korr." hatten wir einige Nummern zuvor über die kapitalistische Offensive verschiedene Vorstöße behandelt und uns hauptsächlich auf die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" dabei berufen, die dem Lohnabbau in unverblümter Weise das Wort redete. In nächster Nummer kommt eine Einsendung auf die besprochene Erscheinung zurück. Solchen Bestrebungen schien ein Preisrückgang in diversen Lebensmitteln und auch in einigen Bedarfsartikeln zustatten zu kommen, wenn man die andererseits eingetretenen oder kommenden Erhöhungen für Mieten, Kohle, Licht, Eisenbahn, Post, Straßenbahn, Schule, indirekte Steuern, Brot und Mehl oder die Preisstabilisierung für andern wichtigen Bedarf außer acht lassen würde, was die Arbeitgeberzeitungsleute und ihr Unternehmeranhang ganz geflissentlich tun. Für einen Lohnabbau ist also im allgemeinen der Zeitpunkt noch nicht gekommen und für auf mittlerer Linie oder erst im zweiten Treffen stehende Gewerbe erst recht nicht, wozu wir Buchdrucker uns ja zu zählen haben werden. Die Parole des Preisabbaues hat angesichts der ungeheuren Gewinne in der Großindustrie und in Hauptbedarfsgewerben weil mehr Berechtigung. Nur von einer Preisabbauoffensive kann das Heil kommen! Im Ausland (Amerika) ist sie schon im Gange, allerdings im Lohnabbau (England) noch stärker, wodurch schwere wirtschaftliche Kämpfe ausgebrochen sind. In Deutschland geht man im einen wie im andern noch nicht so resolut vor, trotz der von der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" besorgten Anfeuerung. Verschiedentlich geht es aber doch schon auf dem Lohngebiete rückwärts, im allgemeinen ist Stabilisierung eingetreten, und wenn im einzelnen durch Schiedsspruch noch 5 Proz. herausgeschlagen werden, dann erfolgt angesichts der ganzen Lage einstimmige Annahme in den Versammlungen.

Es war daher bei uns sehr fraglich, wie die von der Gauvorsteherkonferenz ausgehenden Bemühungen, wenn möglich noch eine Verbesserung des jetzigen Lohnstandes zu erzielen und sei es auch in der Beschränkung auf die an der Wirtschaftsbeihilfe notwendigen Korrekturen, enden würden. Wer die von der bayerischen Prinzipalität auf fünf Bezirksversammlungen zu dem Februarbeschlusse des Tarifausschusses gefaßten Entrüstungsresolutionen gegen „die Berliner und Leipziger Diktatur" mit dem Verlangen nach Lohnabbau und daneben gehender Androhung des Austritts aus der Tarifgemeinschaft und dem Deutschen Buchdruckervereine zur Kenntnis nehmen konnte, wird in starken Zweifel geraten sein, ob überhaupt mit einer Stabilisierung durchzukommen sein würde. Die verwandten, auf Weimar nun eingeschworenen Provinzseelen werden diese bayerische Luft gern geatmet haben.

Aber nicht allein in der Provinz wird für Steuerung nach rückwärts Stimmung unter der Prinzipalität vorhanden gewesen sein. Dazu kam der von Stinnes mit dem Druckpapiersyndikat rücksichtslos gegen die Zeitungsverleger unternommene erpresserische Vorstoß zum 1. April, der die Reichsregierung in geradezu beschämender Hilflosigkeit gegenüber solchen Wucherpraktiken zeigte. Die im Steindruckgewerbe jüngst resultatlos geführten neuen Verhandlungen, die sogar das Versagen einer Wirtschaftsbeihilfe nach dem Beispiele der Buchdrucker zeitigten, waren weitere nicht ermutigende Erscheinungen. Im Schriftgießergewerbe kann außerdem der Stabilitätszeitpunkt als gekommen angesehen werden. Die Perspektiven waren also nach keiner Seite günstig für die Durchführung der von der Gauvorsteherkonferenz beschlossenen Schritte.

Unsre Organisationsvertreter haben sofort nach der Gauvorsteherkonferenz den erforderlichen Antrag im Tarifamte gestellt. Dieses, nach der Februartagung des Tarifausschusses nun im Einberufen desselben nicht mehr von der Prinzipalsorganisation behindert, was einer Klarstellung von großer prinzipieller Bedeutung gleichkommt, beschloß sogar, es mit einer schriftlichen Abstimmung über den Gehilfenantrag zu versuchen. Dabei gingen die Mitglieder des Tarifamts noch von der Erwägung aus, daß bei neuen Verhandlungen ja auch nichts andres oder Neues gesagt werden könnte, was nicht schon im Februar bis zur äußersten Schärfe gehend vorgebracht worden sei. Außerdem würde zur Lokalzuschlagsregelung die Einberufung des Tarifausschusses sehr bald wieder notwendig sein. Das Tarifamt erließ also an die gesamten Prinzipalsmitglieder des Tarifausschusses ein Rundschreiben mit warmer Empfehlung. Die Prinzipalsvertreter mußten natürlich mit ihren Kreisen erst Rücksprache nehmen, wozu man schon einige Wochen in Ansatz bringen konnte.

Der Deutsche Buchdruckerverein wird trotz der aus Bayern und von der Provinzorganisation gezeigten drohenden Haltung auf die Prinzipalität befürwortend eingewirkt haben, einmal diesen Weg überhaupt zu beschreiten und dann im Sinn einer Verlängerung der letzten Teuerungszulage wie der Wirtschaftsbeihilfe. Man konnte ja schon im November bei den Tarifverhandlungen zur Abschwächung unsrer Anklagen über die stets zu niedrige Bemessung der Teuerungszulagen hören, im Buchdruckgewerbe würde auch der eventuell kommende Lohnabbau am letzten und nur langsam vor sich gehen.

Die nunmehr vom Tarifausschusse beschlossene Weiterzahlung der letzten Teuerungszulage und Beibehaltung der Wirtschaftsbeihilfe für weitere drei Monate besagt, daß sich bei der Prinzipalsvertretung im Tarifausschuß eine Mehrheit gefunden hat, dem vom Tarifamte hinausgegebenen Vermittlungsantrage zu entsprechen. Es bleibt allerdings bei der vom Schlichtungsausschusse des Reichsarbeitsministeriums in seinem Schiedsspruche vom 9. Februar gezogenen Begrenzung auf die über 21 Jahre alten Beschäftigten, ebenso wie die von ihm vorgenommene Differenzierung in drei Ortsgrößen aufrechterhalten wird. Die letztere Beschränkung ist am empfindbarsten. Es wäre freilich eine falsche Annahme, daß die Festsetzung von Ortsklassen auf dem Vereinbarungswege oder durch Schiedsspruch eine nur die Buchdrucker treffende Erscheinung ist; wenn man da etwas nach den Verhältnissen in der Umwelt ausschaut, wird es anderswo gar nicht so wenig Seitenstücke geben. Prinzipiell ist die Gehilfenvertretung bekanntlich für die nicht leicht zu erreichende Gleichstellung aller Ortsgrößen eingetreten. So liegt es auch mit der Altersklasse A. Hier ist die immer mehr zunehmende Praxis auch von Schlichtungsausschüssen, die jüngeren Personen von weiteren Teuerungszulagen auszunehmen, zum schweren Hindernisse geworden. Bei uns ist jedoch seit April 1920 eine Berücksichtigung besonderer Verhältnisse in Brauch, indem Unterhaltspflichtige wie Verheiratete zu behandeln sind (siehe Beschlußprotokoll vom 22. Verhandlungstag in Nr. 133 von 1920 auf der zweiten Seite in der ersten Spalte). Die jungen Kollegen unter 21 Jahren im allgemeinen aber mögen in Betracht ziehen, daß die Berechner bei der ersten Teuerungszulage ausfielen, die mit mehr als 9 Mk. über Minimum Entlohnten bei der ersten und zweiten. Was der Schlichtungsausschuß in Februar als Grundsatz aufgestellt hat, ist eigentlich einer Familienzulage gleichzuachten, die in der Gehilfenschaft mit der Zeit sehr viele Befürworter gefunden hat. Für die Weitergewährung der Wirtschaftsbeihilfe kommen in üblicher Weise auch die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen in Betracht. Die Auszahlung erfolgt weiter in monatlichen Raten je am dritten Zahltage.

Die Regelung der Lokalzuschläge wird noch ein paar Wochen auf sich warten lassen. In einigen Kreisen konnten die Vorarbeiten noch nicht erledigt werden. Das, was die andern Kreisämter an vorläufigen Festsetzungen beschlossen haben, begegnet auf beiden Seiten schon häufig der Ablehnung. Es ist, wie bereits in dem Artikel über die Gauvorsteherkonferenz ausgeführt, nicht möglich, auf Gehilfenseite die Unzulänglichkeit der Lohn- und das Anormale unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse durch viele und hohe Lokalzuschläge ausgleichen zu wollen. Wir haben schon vor Jahren nur dreierlei Festsetzungen das Wort geredet. Im Oktober November v. J. war man von uns aus für die Ausmerzung der $2^1/_2$ Zwischenstufen. Die Prinzipalität trägt noch den zum Teil stark verschobenen Verhältnissen in mittleren und kleineren Orten zu wenig Rechnung. Wir haben durch den Krieg besondere örtliche Umschichtungen in der Industrie erfahren, die man vor einem Jahrzehnt einfach unmöglich gehalten hätte. Die Verteuerung ist demgemäß nicht mehr so von der Ortsgröße abhängig. Trotz der hier bestehenden nicht geringen Schwierigkeiten hoffen wir von der für die Lokalzuschlagsregelung vorgesehenen vereinfachten Tarifausschußsitzung immer noch, daß wirklich zu berücksichtigende Umstände befriedigende Beachtung finden werden. Die amtliche Ortsklasseneinteilung steht leider immer noch aus.

In dieser und nächster Nummer kommen einige Stimmen zur Geltung, die da zeigen wollen, wo es fehlt oder wie es besser gemacht werden müßte. Der Preisabbau (nächste Nummer) wird der Reichsregierung ja nicht leicht gemacht, wenn ein Minister wie Hermes den Agrariern der beste Helfer im Preisschrauben ist. Aber es geht nicht allein danach, auch nicht nach der Unlust oder der Unfähigkeit einer bürgerlichen Regierung, in der die Groß-

verdiener durch die Streikmänner ebenfalls vertreten sind. Gewiß sind die großen Schwierigkeiten durch die Reparation und die Sanktionen nicht zu übersehen, aber bis zu einem von Lloyd George in Deutschland kommandierten Lohnabbau geht es doch nicht so leicht. Der zweite Artikel (aus München) meint es gut, übersieht aber, daß seine Ratschläge schon lange vor seinem Himmeldonnerwetter zum Gegenstand ernster Arbeit am Verhandlungstische gemacht worden sind, und stellt sich die Wege kürzer vor. Man sollte doch speziell nicht darüber hinwegsehen, was seit November v. J. gegen die Arbeitslosigkeit bei uns geschehen ist.

Dem Kollegen aus Groitzsch, das ein kleines Fabrikstädtchen ist, fühlen wir viel nach, aber er muß doch etwas mehr in Betracht ziehen. Zum Beispiele die örtlichen und die Altersunterschiede bei der Entlohnung der Buchbinder (siehe tabellarische Zusammenstellung unter „Rundschau" in Nr. 14); solche Mannigfaltigkeit ist nicht allein bei unsern Schwagern zu finden. Die Gegenüberstellung mit Leipzig ist zu mechanisch. Hat der Kollege in Groitzsch eine Ahnung, wieviel Leipziger Buchdrucker jetzt zum Mietseinigungsamt wandern müssen, weil sie für eine ganz gewöhnliche Wohnung über 1000 Mk. bezahlen sollen, dazu alle Reparaturen zu tragen haben? Da Leipzig seither normale Wohnungsverhältnisse hatte, ist eine solche Preiskreiberei um so fühlbarer. Eine Arbeiterfahrkarte auf der Elektrischen kostet wöchentlich 7,50 Mk., was kommt da für die ganze Familie in sieben Tagen an Fahrgeld zusammen? Die Lebensmittelpreise darf man auch in Leipzig nicht nach den Warenhausanzeigen beurteilen. Je nach dem Stadtteil oder Vorort kann man für den gleichen Einkauf ein Erkleckliches (um verschiedene Mark hinausgehend) mehr bezahlen. So könnten noch mehr Gegenstücke angeführt werden. Kleidung usw. ist in den Großstädten ohne weiteres billiger zu haben. Daß aber die Lebensmittel auch jetzt nicht über einen Preistarifleisten geschlagen sind in Großstadt und Provinz, wie aus letzterer immer behauptet wird, ist aus der Calwerschen Lebensmittelstatistik auf den ersten Blick zu ersehen. Im Januar 1921 schwankte der Wochenbedarf für eine Normalfamilie (also die gleiche Anzahl und das gleiche Quantum von Lebensmitteln) zwischen 255,81 und 512,94 Mk.; 200 festgestellte Orte hatten fast ebenso viele Preisnotierungen. Es sind auch Orte von der unteren Größe wie Marktredwitz in der Aufzählung vertreten. Also gar zu viel sollte auch nicht von der „Provinz" behauptet werden.

Wenn der von der letzten Gauvorsteherkonferenz für die nächste Zeit auf dem Lohngebiet eingenommene Standpunkt sich im allgemeinen hat durchsetzen lassen, weil auf der andern Seite sich die vernünftigere Auffassung behaupten konnte, so bleibt doch das dringendste Erfordernis fortschreitender Preisabbau, sonst wird die Lebenexistenz noch nicht erleichtert.

„Pioniere vor!"

Kollege Fah in Bochum wird mich hoffentlich nicht wegen Diebstahls geistigen Eigentums belangen, wenn ich die gleiche Überschrift wähle. Ich will ihm aber auch keine Konkurrenz machen, finde vielmehr seine Ausführungen in Nr. 20 ausgezeichnet und bin vollständig mit ihm einverstanden. Die Aufmerksamkeit der Kollegen soll im folgenden auf einen andern Gegenstand gelenkt werden, der nicht minder wichtig sein dürfte. Wenn heute die Vertreter der beiden Tarifkontrahenten sich zu einer Tarifausschußsitzung zusammenfinden, ist man auf Gehilfenseite in gewiß anerkennenswerter Weise bestrebt, mit dem größtmöglichen Aufwande von statistischem Material, mit der gewiegtesten Diplomatie und unter Anwendung aller nur erdenklichen Schläue einige Märklein herauszuschinden. Die Prinzipalsseite dagegen sucht mit einem Eifer, der oft einer wichtigeren Sache würdig wäre, darzutun, daß das ganze Gewerbe unrettbar zugrunde gehe, wenn diese paar Märklein bewilligt werden müßten. Das Resultat ist schließlich ein für beide Teile unbefriedigendes.

Warum in Dreiteufelsnamen setzt man sich nicht auch einmal zusammen, um darüber zu beraten, wie man das nach der Meinung der Prinzipale so heruntergekommene Gewerbe wieder in die Höhe bringt? Wie man die Schmutzkonkurrenz beseitigt? Wie man der Arbeitslosigkeit Herr wird? Wie man dem Papierwucher steuert? Und was derartige Fragen mehr sind. Es gibt ja so viele. Man braucht bloß einmal beieinander sitzen, dann fällt jedem etwas ein. (Die letzten Jahrgänge des „Korr." weisen es aus, daß man darüber gar manchmal, zum Teil oft zusammengesessen hat. Red.)

Auch mir ist etwas eingefallen, und ich wage es auszusprechen, selbst auf die Gefahr hin, als Utopist, Schwärmer, Illusionist usw. an den Pranger zu kommen. „Auch wenn die Revolution nicht gekommen wäre, würde die nächste Tarifrevision vor Probleme gestellt sein, die über den Rahmen der Tarifgemeinschaft weit hinausgehen und einen vollständigen Um- oder Neubau erfordern", sagt Kollege Schaefer im Vorworte zu seiner Broschüre. Also Pioniere vor! Einmal da anfassen, wo es brenzlich wird. Wenn wir uns auch im Anfange die Finger verbrennen, nur nicht auslassen; schließlich kommt man doch darauf, daß es so wie bisher nicht mehr weitergeht.

Zunächst die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen. Nichts einfacher als das, es fehlt nur am Willen. Die Herren Prinzipale sagen zwar, das geht euch einen Dr . . . an, aber Herr werden sie des Übels allein doch nicht. Außerdem sehen ja die §§ 79 bis 109 des Tarifs alles mögliche vor. Man braucht also diese Möglichkeiten nur etwas auszubauen. Wir haben alles paritätisch: Tarifausschuß, Tarifamt, Kreisämter, Fachausschuß, Beschwerdeämter, Schiedsgerichte, Arbeitsnachweise. Warum nicht auch paritätische Auftragsannahmestellen? Eine Kommission von gewählten Vertretern der Prinzipale und Gehilfen in jedem größeren Druckorte, der gleichzeitig einen bestimmten Umkreis umfaßt, die einzige Stelle, bei der der Drucksachenverbraucher, ob Privatmann oder Behörde, die Aufträge anbringen kann. Hier werden die Aufträge gesichtet, kalkuliert, Format, Papier, Ausstattung usw. bestimmt. Die Leistungsfähigkeit jeder einzelnen Druckerei ist hier bekannt. Man weiß, für welche Art Drucksachen diese oder jene Firma eingerichtet ist. Man kennt den Personalstand, die Anzahl der Maschinen usw. Die Aufträge gehen daher von vornherein dahin, wo sie am besten, schnellsten und preiswürdigsten ausgeführt werden können. Alle Druckereien sind der Marktlage entsprechend beschäftigt, ohne überlastet zu sein. Die Preisdrückerei ist aus der Welt geschafft. Das Gewerbe blamiert sich nicht mehr mit minderwertigem Zeug. Jeder Kunststempel stellt nur das her, wofür er eingerichtet ist. Der chronische Materialmangel ist behoben. Keiner flucht mehr über das ewige Rausgehen, das Blockieren, die Zwiebelfische; kurz, das Leben als Buchdruckergehilfe wird zur Lust. Der Prinzipal aber braucht sich auf der Suche nach Kunden die Stiefelsohlen nicht mehr zu zerreißen, braucht sich überhaupt mit der Kundschaft nimmer ärgern, erspart einen Nestenden und eine Unmenge Spesen und kann sich ungestört ganz dem Genusse seiner Havanna hingeben. Die Kundschaft erspart sich das lästige Suchen nach dem billigsten Drucker, weil ja der vom Auftragbureau festgesetzte Preis maßgebend ist. Der Papierwucher ist beseitigt, denn Arm in Arm mit unsern Prinzipalen fordern wir ein Jahrhundert in die Schranken. Der Frieden im Gewerbe ist für ewige Zeiten gesichert. Andre Industrien machen es uns natürlich nach und das allgemeine Wohlgefallen auf Erden ist fertig. Also, Pioniere vor!

Die Arbeitslosigkeit. Es wäre müßig, das vielerörterte Thema über die Ursachen nochmals anzuschneiden; jedenfalls genügt die Feststellung, daß die Arbeitslosigkeit da ist und daß alle bisher angewandten Mittel dagegen nicht viel oder nur wenig geholfen haben, daß sie sich einfach so äußert: zu wenig Arbeit, zu viel Arbeiter, ist die einzige Lösung der Frage. Das erstere ist nicht möglich, bleibt nur das zweite, und weil jedes Ding mindestens zwei Seiten hat, muß man es einfach einmal von dieser zweiten Seite aus ansehen. Bis jetzt wenigstens ist diese Sache meines Erachtens am verkehrten Ende angefaßt worden. Also anders: Wenn ein Kollege sich 30 und mehr Jahre lang am Kasten oder an der Maschine abgerackert hat, wenn er in die Fünfziger kommt, dann taugt er nimmer recht viel; also weg damit! Uhl Kapitalistenmoral! Allerdings, aber ich meine anders. Warum sollen sich denn die älteren Kollegen, die zwar geistig vollkommen rüstig, körperlich dagegen nicht mehr ganz auf Höhe sind, noch weiter im Dienste des Kapitalismus plagen? Ich meine, sie hätten ein Anrecht auf bessere Zeiten. Man pensioniert sie einfach, sobald sie das 50. Lebensjahr erreicht haben, bei vollem Gehalte; man stellt sie bis zum 60. Jahre zur Disposition. Ist es notwendig, bedarf man mehr Kräfte, als vorhanden sind, so kann man sie immer wieder zur Aushilfe einstellen. Titel „Erster Akzidenzsetzer zur Disposition" oder „Rotationsmaschinenmeister außer Dienst" wären nicht übel und würden höchstens den Neid eines Oberleutnants z. D. oder eines Regierungsrats a. D. erwecken. Für jeden Pensionisten aber wird ein Erwerbsloser eingestellt. Damit ist die ganze Konditionslosenfrage erledigt. Die Kosten? Ein Teil wir, ein Teil die Prinzipale, vielleicht ist auch der Staat dafür zu interessieren. Die Arbeitslosenunterstützung fällt dann ohnehin weg und der „Fonds für besondere Zwecke" hätte endlich eine anständige und vernünftige Verwendung. Sind die Pensionisten dazu geeignet, steckt man sie in die vorerwähnten Auftragsannahmestellen zum Kalkulieren, Briefe und Rechnungen schreiben, zur Buchführung usw., dann wird ihnen das Rentierleben nicht langweilig und man spart die Verwaltungskosten für diese Bureaus. Außerdem könnte man auch nebenbei die leider nicht abzuleugnende Gewerkschaftsbureaukratie auf diese Weise etwas eindämmen, indem man die Vorstandsstellen mit diesen ausgedienten, aber erfahrenen Kollegen besetzt.

Dies nur in groben Strichen ein kleiner Plan, die Ausarbeitung ins einzelne ist Sache der Tariforgane. Man denke ein wenig darüber nach. Man probiere es, aber man gehe nicht mit blöder oder spöttischer Miene darüber hinweg. Pioniere vor!

München. Fr.

Provinz und Großstadt

Wer von den Kollegen in den letzten Wochen, Monaten und Jahren den „Korr." eifrig gelesen, wer so manchen interessanten und weniger interessanten Artikel und die verschiedenen Versammlungsberichte eingehend studiert und verfolgt hat, der wird wohl manchesmal verständnislos mit dem Kopfe geschüttelt und sich gefragt haben: Wie ist dies nur möglich? Auch ich habe mir wiederholt diese Frage vorgelegt, wenn ich die verschiedenen Bekanntmachungen über Teuerungszulagen, Lokalzuschläge usw. und die darauf folgende Artikellerie des „Korr." gelesen hatte. Mir kam verschiedentlich ein altes Sprichwort in den Sinn, welches lautet: „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten!"

Jawohl, ein sehr beherzigenswertes Wort, nur bei uns Buchdruckern resp. bei unserm Verband und unsern Spitzenretern hat es leider schon lange keine Geltung mehr, und dies ist tief bedauerlich. Man muß unwillkürlich zu der Anschauung kommen, daß im Verbande zwei Kategorien von Mitgliedern vertreten sind, und zwar die Eliteruppe (Großstadt) und die gewöhnlichen Bachulken (Provinz). In dieser Ansicht, die wohl ein großer Teil der Provinzkollegen vertritt, lasse ich mich durch nichts, selbst nicht durch die schönsten und schmackhaft zubereiteten Vorträge unsrer Gehilfenvertreter, Gauvorsteher und sonstiger Größen irremachen.

„Gleiche Rechte, gleiche Pflichten!" Gleiche Pflichten haben wohl alle Verbandskollegen, nämlich die Pflichten des Beitragzahlens, da wird kein Unterschied zwischen Großstadt und Provinz, kein Unterschied zwischen Berlin, Leipzig oder Burtehude gemacht, der Verbandsbeitrag ist überall gleich. Höchstens, daß einige Städte oder Gaue für ihre Mitglieder einen Sonderbeitrag erheben und dafür natürlich auch ihren Mitgliedern besondere Zuwendungen in Gestalt von Zuschüssen zur Kranken- und Invalidenunterstützung machen. Diesen Sonderbeitrag zahlt dann jedes Mitglied gern und willig, weil es bestimmt weiß, für diesen Sonderbeitrag erhältst du auch Sonderzuwendungen. Gleiche Rechte! Ja, Bachulke, das ist etwas andres. Wie kann ein Provinzkollege auch nur verlangen, daß er bezüglich der Entlohnung mit den Kollegen der Großstadt auf eine gleiche Stufe gestellt wird! Das ist im Sinne eines Teiles der Großstadtkollegen eine Unverständigkeit.

Wenn man die Entlohnung der Buchdrucker vor und während der ersten Zeit des Krieges in Betracht zieht, so ersieht man, daß damals, nehmen wir die für uns in Frage kommende nahe Großdruckstadt Leipzig an, der Lohn der Leipziger Kollegen gegenüber den Provinzkollegen um 5 bis 8 Mk. höher war, je nachdem die einzelnen Provinzstädte Lokalzuschlag hatten. Dieser Mehrverdienst war den Großstadtkollegen ohne weiteres zu gönnen. Heute jedoch liegen die Verhältnisse bedeutend anders. Waren bis in die ersten Kriegsjahre hinein, bevor die ersten Teuerungszulagen Platz griffen, die Mieten der Großstadt bedeutend höher als in der Provinz, so wirkten dafür ausgleichend die erhöhten Lokalzuschläge. Heute sind die Mieten in den Provinzstädten fast die gleichen wie in der Großstadt. Nun verlangen die Provinzler nicht etwa die gleichen Lokalzuschläge wie in der Großstadt, nein, so unverschämt sind diese gar nicht. Aber bezüglich der Teuerungszulagen haben die Provinzler ein Recht, mit der Großstadt gleichgestellt zu werden. Dieses Recht muß die Provinz ganz entschieden für sich in Anspruch nehmen. Es ist doch ohne weiteres klar, daß der Kollege, der in der Provinz am Kasten steht und ziehen muß, genau so ziehen muß wie der Kollege der Großstadt; auch der Provinzler bekommt nichts geschenkt. Genau dieselbe Berechtigung mit Leben hat er wie der Kollege in der Großstadt. Bei der Bewilligung der einzelnen Teuerungszulagen scheint man dies jedoch nicht eingesehen zu haben oder wollte es nicht einsehen.

Wenn ich vorhin angeführt habe, daß die Mieten in der Großstadt nicht viel höher sind als in der Provinz — Beweise sind vorhanden —, so hat die Großstadt bezüglich der Lebensmittel gegenüber der Provinz einen ganz bedeutenden Vorteil. Kollegen, die in der Umgegend einer Großstadt wohnen, wissen ganz genau, daß die Lebensmittel in der Kleinstadt bedeutend teurer sind als in der Großstadt. Einige Beispiele mögen hier erwähnt sein. Es kosten z. B. in Leipzig ein Ei 1,30 Mk. (in der Umgegend 1,50—1,70 Mk.), drei Pfund Heringe 5 (7,50), ein Pfund Margarine 10,50 (13—14), Fett 12 (15—16), Reis 2,50—3 (3—4,50), Rindfleisch 10—11 (13—14), Schweinefleisch 13—14 (16—18) Mark. Die eingeklammerten Zahlen sind die Preise in der Provinz. So könnte noch eine Menge Beispiele angeführt werden. Die Löhne in Leipzig sind etwa 50—60 Mk. wöchentlich höher als in Orten ohne und mit einigen Prozenten Lokalzuschlag. Der Magen der Provinzkollegen hat aber genau dasselbe Fassungsvermögen als derjenige des Kollegen in der Großstadt. Es ist eine leider beschämende Tatsache für die Buchdrucker, daß sie mit einem derartig geringen Lohne nach Hause kommen und nicht einmal imstande sind, ihre Familien wenigstens einigermaßen ordentlich ernähren und kleiden zu können. Wie denkt man es sich denn, wenn heute ein Familienvater mit 180 Mk. wöchentlich (mehr hat der Provinzkollege nach Abzug von Steuern usw. nicht) nach Hause kommt und damit eine Familie von fünf, sechs und mitunter noch mehr Köpfen zu ernähren hat? Ein Künstler, um nicht zu sagen Hungerkünstler, muß es sein, der dieses Kunststück fertigbringt. Und ein Kunststück ist es, damit auszukommen; das wird jeder zugeben müssen, der selbst eine zahlreiche Familie zu ernähren hat.

Wenn nun von einem großen Teile der Provinzkollegen der Wunsch geäußert wird, bezüglich der Teuerungszulagen genau dieselben Zulagen wie die Kollegen der Großstadt zu erhalten, so ist dieser Wunsch sehr berechtigt. Und wenn dies durchaus nicht geschehen kann, warum gewährt man denn keine Kinderzulagen? Bei den Beamten, Lehrern, Metallarbeitern und verschiedenen andern Berufsgruppen ist dies schon längst eingeführt und hat sich sehr gut bewährt, warum nicht bei uns Buchdruckern? Der Anfang war einmal gemacht, aber wie lange? Und wenn es Kollegen gibt, und die gibt es, die dann sagen, was gehen uns denn die Kinder der Verheirateten an, so müssen sich diese Kollegen doch vor Augen halten, daß auch sie einmal einen Hausstand gründen und auch zahlreiche Kinder erhalten können. Kollegen,

die sich darüber aufregen, wenn Kinderzulagen gewährt wurden, haben gar keine blasse Ahnung, wie schwer ein Familienvater zu kämpfen hat. Darum, Kollegen, seid nicht kleinlich, wenn es einmal dahin kommt.

Und nun zum Schluß. Ihr Herren Gehilfenvertreter, Gauvorsteher, Verbandsvorstand, sorgt dafür, daß gegen die Provinzkollegen nicht immer Ausnahmebestimmungen geschaffen werden. Gleiche Pflichten — gleiche Rechte!

Grotzsch. E. H.

Rundschau

Fälligkeitstermin der dritten Rate der Wirtschaftsbeihilfe. Laut Bekanntmachung des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker vom 14. Februar d. J. ist die dritte Rate der in Anlehnung an den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums im Februar durch den Tarifausschuß beschlossenen Wirtschaftsbeihilfe am dritten Zahltage des Monats April fällig. Da der erste Zahltag des laufenden Monats, soweit am Freitag die Lohnauszahlung stattfindet, auf den 1. April fiel, so fällt der dritte auf den 15., an dem sinngemäß die Auszahlung der dritten Rate zu erfolgen hätte; wo diese am gestrigen Tage nicht stattgefunden hat, hat dies auf alle Fälle spätestens am nächsten Zahltage zu geschehen. Das Zusammentreffen des ersten Zahltages im April d. J. mit dem ersten Monatstag dürfte in einigen wenigen Fällen zu Meinungsverschiedenheiten über die Auszahlungspflicht in der jetzigen oder der nächsten Woche geführt haben. Demgegenüber verweisen wir darauf, daß im diesbezüglichen Beschlusse des Tarifausschusses der dritte „Zahltag" und nicht die dritte Lohnwoche des Monats als Fälligkeitstermin der Ratenzahlung bezeichnet ist. Etwaige Differenzen in dieser Sache sind auf alle Fälle mit Hilfe der tariflichen Instanzen zu schlichten.

Zur Warnung für die Eltern von Buchdruckerlehrlingen. Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker", das offizielle Organ des Deutschen Buchdruckervereins (Buchdruckereibesitzer), fährt in letzter Zeit in geradezu auffälliger Weise fort, für die sofortige Entlassung der Buchdruckerlehrlinge nach Beendigung der Lehrzeit einzutreten. Wir stellen demgegenüber fest, daß es bisher im Buchdruckgewerbe allgemein üblich war, Lehrlinge in den einzelnen Betrieben einzustellen, um diese nach beendigter Lehrzeit als Gehilfen weiterzubeschäftigen. Ebenso selbstverständlich haben auch bisher die Eltern der Lehrlinge stets damit gerechnet, daß sie das Opfer einer vierjährigen Lehrzeit ihrer Söhne nur deshalb auf sich nehmen, damit diese nach so langer Lehrzeit eine einigermaßen gesicherte Existenz haben werden. Nachdem nun aber durch das offizielle Organ der deutschen Buchdruckereibesitzer in schroffem Gegensatz zu vielen andern Unternehmerzeitungen (nicht einmal das Zentralorgan der deutschen Unternehmerverbände, die „Deutsche Arbeitgeberzeitung", auf diese in so brüskierender Weise) immer und immer wieder behauptet wird, daß „Buchdruckerlehrlinge nach Beendigung der Lehrzeit keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung haben", was wir übrigens auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ganz entschieden bestreiten, so ergibt sich für alle Eltern, die die Absicht haben, ihre Söhne dem Buchdruckgewerbe als Lehrlinge zuzuführen, die Notwendigkeit, ernstlich zu prüfen, ob sie ihre Söhne etwa unsozialen Buchdruckereibesitzern ausliefern und ihre Kinder während vier Jahren ihres besten Lebensalters lediglich der Ausbeutung als Lehrling preisgeben wollen, um sie nachher arbeitslos auf die Straße gesetzt zu sehen!

Gehilfenprüfungen. Bei den diesjährigen Ostergehilfenprüfungen in Magdeburg wurden 105 Lehrlinge geprüft, die zum größten Teil der Provinz entstammten. Mit „Gut" bestanden 6 Setzer, 4 Drucker und 1 Stereotypeur; „Ziemlich gut" erhielten 20 Setzer, 7 Drucker und 1 Stereotypeur; „Genügend" konnten 34 Setzer und 12 Drucker bekommen. Knapp bestanden 10 Setzer und 4 Drucker. 2 Setzer und 4 Drucker bestanden nicht und müssen in einer andern Druckerei ein halbes Jahr nachlernen, um sich dann einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Die eingesandten schriftlichen Arbeiten ließen allzusehr die Fortbildungsschule erkennen in der Gleichartigkeit des Lebenslaufs und des Prüfungsgesuchs; sie ließen daher keinen Schluß auf die Selbständigkeit des Prüflings zu. Die Prüfung der Lehrlinge wurde von der Innung und der Handwerkskammer vorgenommen, da sich ein großer Teil der Prinzipale, besonders die Lehrlingsgegnerten, dem tariflichen Prüfungsausschusse gegenüber ablehnend verhalten. Wie lange noch? Die Genehmigung der Lehrlingsordnung „schwebt" immer noch beim Ministerium. Sogar die tariflich vorgesehene Bezahlung der Lehrlinge wird von in leitender Stellung in der Prinzipalsorganisation in Magdeburg amtierenden Prinzipalen und auch andern sabotiert, so daß beim hiesigen Tarifschiedsgericht Klage gegen dieselben eingereicht werden muß.

Betriebsergebnisse. Nach dem Geschäftsberichte der Universitätsdruckerei H. Stürtz A.-G. in Würzburg verblieben aus dem verflossenen Geschäftsjahre nach 127 463 Mk. Abschreibung (im Vorjahre 136 225 Mk.) und 200 000 Mk. Verbuchung auf ein neugebildetes Werkerhaltungskonto einschließlich 59 202 Mk. Vortrag (im Vorjahre 46 505 Mk.) an Reingewinn 453 846 Mk., gegen 207 237 Mk. im vorigen Jahre. Davon werden 10 Proz. (im Vorjahre 5 Proz.) Dividende verteilt, 100 000 Mk. einem zu errichtenden Pensionsfondskonto zugewiesen und 92 113 Mk. als weiterer Vortrag verbucht. Da die eignen Mittel nicht mehr zur Aufrechterhaltung des Betriebs ausreichten, mußte Bankkredit in Anspruch genommen und zur Minderung der daraus entstandenen Verbindlichkeiten eine Hypothek von 250 000 Mk. aufgenommen werden. Um dem vermehrten Geldbedarfe zu genügen, wird eine Erhöhung des Aktienkapitals von 1 400 000 auf 2 400 000 Mk. vorgeschlagen.

Protest der deutschen Gewerkschaften gegen Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide. Gegen die von der Reichsregierung geplante Neuregelung der Getreidewirtschaft, wonach für das nächste Jahr die Zwangsbewirtschaftung für Brotgetreide aufgehoben werden soll, haben die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afa-Bundes und des Deutschen Beamtenbundes beim Reichsernährungsminister ganz entschieden Protest eingelegt. Sie erklären darin, daß mit einer solchen Änderung in der Bewirtschaftung eine sehr erhebliche Verteuerung des Brotgetreides und dementsprechend eine Erhöhung des Brotpreises eintreten werde. Die weitere Folge müsse naturgemäß wiederum eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter sein, die eine nochmalige allgemeine Preissteigerung bewirken würde. Eine Brotpreiserhöhung muß die erwerbstätige Bevölkerung um so härter treffen, als schon durch die allgemeine Preissteigerung im Jahre 1920 sehr erheblich die Lebenshaltung verteuert wurde und gegenwärtig durch die Erhöhung der Preise für Milch, Zucker und Kohle, ferner durch die Tariferhöhungen aller Verkehrsanstalten und die in Aussicht stehende Mietsteigerung neue harte Anforderungen gestellt werden. Um eine weitere Preissteigerung mit ihren schweren wirtschaftlichen und politischen Folgen zu verhüten, fordern die unterzeichneten Vorstände im Namen der Arbeitnehmer Deutschlands unbedingtes Festhalten an der Zwangswirtschaft für Brotgetreide und eine Verschärfung der Kontrolle. Die deutsche Landwirtschaft kann nicht Preise beansprechen, die einer Ausnützung der Notlage des Volkes gleichkommen; sie kann auch unter Preisen, die billigen Ansprüchen genügen, die Hebung der Produktion herbeiführen. Sollte diese Forderung und Mahnung unberücksichtigt bleiben, so lehnen die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen für die dann unausbleiblichen Lohn- und Gehaltsforderungen und die daraus resultierenden Kämpfe jede Verantwortung im voraus ab.

Der Entwurf einer neuen Schlichtungsordnung. Das Reichsarbeitsministerium hat vor einigen Tagen den Entwurf einer Schlichtungsordnung nach Zustimmung des Reichskabinetts dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung unterbreitet. Der neue Entwurf weist gegenüber dem früher veröffentlichten Referentenentwurf erhebliche Änderungen auf, die im wesentlichen auf seiner Durchberatung mit einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Kommission beruhen. Er ist in der soeben erschienenen Nummer 12 des „Reichsarbeitsblattes" abgedruckt. Der Entwurf sucht die Schlichtungsbehörden für ihre eigentliche Aufgabe, die Schlichtung von Gesamtstreitigkeiten, freizumachen; die ihnen bisher in einzelnen Fällen übertragene Zuständigkeit in Einzelstreitigkeiten soll nur noch so lange bestehen bleiben, bis geeignetere Stellen zur Entscheidung dieser Streitigkeiten (Arbeitsgerichte) geschaffen sind. Das tarifliche Schlichtungswesen ist noch mehr als früher in den Vordergrund gerückt und soll durch unentgeltliche Überlassung von Verhandlungsräumen, Vorsitzenden und Bureauapparat der Schlichtungsbehörden nach Möglichkeit gefördert werden. Die Schlichtungsbehörden sollen nur dann in Tätigkeit treten dürfen, wenn eine vereinbarte Schlichtungsstelle fehlt oder das Verfahren vor ihr zu keinem Ergebnisse geführt hat. Bei dem Aufbau der Schlichtungsbehörden ist den besonderen Verhältnissen der verschiedenen Gewerbe- und Berufszweige in weitgehendem Maße Rechnung getragen. Der Entwurf sieht Einigungsämter, Landeseinigungsämter und — an Stelle der bisherigen Schlichtungsfähigkeit des Reichsarbeitsministeriums — ein selbständiges Reichseinigungsamt vor, die je nach dem Umfange der Streitigkeit für die Schlichtung zuständig sind. Wie der frühere Entwurf enthält auch der neue die ausdrückliche Verpflichtung, vor Beginn von Kampfmaßnahmen, namentlich von Streiks und Aussperrungen, das Schlichtungsverfahren einzuleiten und durchzuführen. Den gemeinnützigen Betrieben ist in dem Entwurfe mit Rücksicht auf ihre besondere Bedeutung für die Allgemeinheit eine gewisse Sonderstellung eingeräumt. Von der Aufnahme von Straf- und Zwangsbestimmungen zur Sicherung der Anrufung und der ungestörten Durchführung des Schlichtungsverfahrens sieht der Entwurf im Gegensatze zu dem früheren Referentenentwurf ab, da sich derartige Maßnahmen bei Massendelikten überall als undurchführbar erwiesen haben. An Rechtsmitteln ist nur die Revision gegen Schiedssprüche vorgesehen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverletzungen gestützt werden kann. Die in der Demobilmachungszeit eingeführte Einrichtung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen ist beibehalten; die Voraussetzungen, unter denen sie erfolgen kann, sind jedoch wesentlich eingeschränkt. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitserklärung soll auch nicht wie bisher durch die Verwaltungsbehörden, sondern durch die Schlichtungsbehörden selbst unter Beteiligung von Vertretern der Wirtschaftsräte erfolgen.

Literarisches

Bücher für Betriebsräte. Der „Kommentar zum Betriebsrätegesetz" von Dr. Georg Flatow, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, Buchhandlung Vorwärts, der in diesen Tagen in 8. Auflage (71. bis 80. Tausend) vollständig umgearbeitet und verbessert neu erschienen ist, ist für Betriebsräte, Gewerkschaftssekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, Arbeitersekretäre usw. unentbehrlich. Die Stellungnahme des Verfassers zu den einzelnen Paragraphen ist entsprechend den inzwischen gemachten praktischen Erfahrungen teilweise gegenüber den früheren Auflagen geändert worden. Das Werk hat eine erhebliche Erweiterung erfahren. Neu aufgenommen ist der Anhang 9: „Übersicht über die als Ersatz für die Betriebs- und Landwirtschaftsräte nach §§ 93, 94, 103 bestimmten Stellen", sowie Anhang 11: „Musterarbeitsordnung" und Anhang 12: „Ausführungsgesetz zu § 72 des BRG. (Betriebsbilanzgesetz)". Der Vorzugspreis beträgt für Gewerkschaftsmitglieder 7 Mk. gebunden. Außerdem ist in diesen Tagen das „Handbuch für Betriebsräte" von Rudolf Weck, Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., herausgekommen, welches ebenfalls einem dringenden Bedürfnis entspricht und in keinem Gewerkschaftsbureau und keinem Arbeitersekretariat fehlen sollte. In dem Handbuche für Betriebsräte sind die verschiedenen Materien des Betriebsrätegesetzes und ihre praktische Auswirkung sowohl im Betrieb als auch in der Spruchpraxis sowie ihre Erörterung in der Presse eingehend behandelt. Eine große Reihe von Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sowie der ordentlichen Gerichte von prinzipieller Bedeutung sind in dem Werke bearbeitet. Außerdem enthält es eine genaue Quellenangabe, so daß jedesmal die Möglichkeit gegeben ist, sich über einzelne Angelegenheiten eingehend zu unterrichten. In dem Handbuch ist die Rechtsprechung zu § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 betreffend Arbeitsbescheinigung ebenfalls besonders berücksichtigt. Der Vorzugspreis beträgt für Gewerkschaftsmitglieder 10 Mk. (geheftete Ausgabe). — Bestellungen auf beide Schriften zu den Vorzugspreisen sind von den Ortsgruppen, Ortsausschüssen, Ortskartellen und örtlichen Bezirkszentralen an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, z. H. des Kassierers Hermann Kube, Berlin SO 16, Engelufer 14/15 IV (Postscheckkonto Nr. 7930, Hermann Kube, Berlin), oder an den Allgemeinen Freien Angestelltenbund, Berlin NW 52, Werftstraße 7 (Postscheckkonto Nr. 72260, S. Aufhäuser, Berlin), zu richten. Die Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder wollen ihre Bestellungen den örtlichen Körperschaften aufgeben.

Briefkasten

G. K. in B., K. L. in L.: Aufnahme zugesagt. — **S. in B.:** Für Ihren zweiten Artikel haben wir keine Verwendung. Es ist von beiden Seiten das Erforderliche gesagt worden, von der Ihnen entgegengesetzten Seite sogar korporativ. Unsre Leser wollen von das ins Unendliche gehenden Debatten über einen Punkt, die meistens nur in persönlicher Rechthaberei ihre Dauerhaftigkeit begründen können, nichts mehr wissen. — **F. K. in W.:** Ihre Postkarten sind zu groß, sie dürfen nur im Format 10½:15½ gehalten sein. Die Post erhebt deshalb Strafporto. Wir ließen die Karte zurückgehen, damit Sie sich durch Augenschein davon überzeugen können. Eine Abschrift vorzunehmen, wurde uns nicht gestattet. — **J. B. in K.:** Gern zur Kenntnis genommen. — **A. W. in D.:** Betrachten Artikel demnach als zurückgezogen. — **B. L. in Ch.:** Wird natürlich gebracht; besten Gruß. — **O. M. in J.:** Werden alle Welt damit erleuchten und sagen frdl. Dank. — **O. B. in L.:** Soll später erscheinen. — **K. K. in K.:** Das wären also zwei Nachträge. — **H. Fr. in Bln.:** 31,00 und 26,20 Mk. — **H. S. in Kaiserl.:** 7,50 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im Gau An der Saale der Drucker Ernst Eckl, geb. in Nauenhain (Taunus) 1877, ausgel. in Frankfurt a. M. 1896; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. S., Kleine Klausstraße 7 I.

Im Gau Schleswig-Holstein der Setzer Henry Strah, geb. in Flensburg 1874, ausgel. das. 1894; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Versammlungskalender

Magdeburg. Versammlung Montag, den 18. April, abends 7½ Uhr, in der Aula der Lullenschule, Eingang Breiter Weg 199/200.

Plauen i. V. Bezirksversammlung Sonntag, den 24. April, nachmittags 2½ Uhr, im Gewerkschaftshause „Schillergarten" in Plauen, Pausaer Straße.

Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker

Tarifkreis VI (Thüringen)

Bekanntmachung

Die am 3. und 8. April 1921 in Halle a. d. S. stattgehabten Sitzungen des Kreisamts VI beschäftigten sich mit der provisorischen Festsetzung der Lokalzuschläge bzw. Aufstellung der für die endgültige Regelung der Lokalzuschläge als Material dienenden Ortslisten. Das Kreisamt gelangte durch Mehrheitsbeschlüsse zu folgender Aufstellung: Halle a. d. S. (Tarifsvorort) 20 Proz. (vorbehaltlich des Aufrückens in Ortsklasse B und Einbeziehung der B-Klasse in die 20prozentige Lokalzuschlagsstaffel), Altenburg 15 (nur bei Belassung in Servisklasse B), Aken a. d. E. 5, Apolda 12½, Arnstadt 10, Aschersleben 12½, Artern 5, Ballenstedt a. H. 5 (und 2½ Saisonzuschlag), Bernburg 10, Bitterfeld 15, Blankenburg (Thür.) 5 (und 2½ Saisonzuschlag), Bockwitz 5, Burg b. M. 10, Delitzsch 15, Dessau 15, Eilenburg 10, Eisenach 15, Ellenberg 7½, Eisleben 12½ (nur wenn jetzige Servisklasse erhöht wird), Elsterwerda 5, Erfurt 15, Friedrichroda 12½, Gardelegen 5, Gehren 5, Genthin 10, Gera 15 (unter Weiterzahlung der bisherigen Sonderzulage an alle Gehilfen), Gernrode 2½ (und 2½ Saisonzuschlag), Gommern 5, Köthen 12½, Gotha 15, Grafenhainichen 7½, Gräfenthal 5, Greiz i. V. 12½, Gülzen i. Ann. 2½, Halberstadt 12½, Heiligenstadt 7½, Herzberg a. d. Elster 5, Hildburghausen 10, Hettstedt 10, Ilmenau 15, Jena 15, Kahla a. d. S. 5, Kalbe a. d. S. 5, Koburg 12½, Köthen a. d. S. 5, Köstritz (Beschlußausgesetzt), Köthen 12½, Langensalza 7½, Lauscha 5, Liebenwerda 5, Lucka (S.-A.) 10, Magdeburg 20 (vorbehaltlich des Aufrückens in Ortsklasse B und Einbeziehung der B-Klasse in die 20prozentige Lokalzuschlagsstaffel), Meiningen 10, Merseburg 17½, Meuselwitz 12½, Mühlhausen (Thür.) 12½, Naumburg 12½, Neuhaldensleben 5, Neustadt a. d. Orla 7½, Neustadt b. Sonneberg 5, Nordhausen 12½, Ohrdruf 7½, Oranienbaum 5, Oschersleben 7½, Osterwieck a. H. 5, Pößneck 10, Quedlinburg 12½, Querfurt 5 (unter Einrechnung der gewährten Sonderzulagen), Roda (S.-A.) 5, Rottenberg (S.-A.) 12½, Rohlau a. d. E. 10, Rudolstadt 10, Saalfeld 10, Salzungen 10, Salzwedel 7½, Sangerhausen 10 (nur wenn jetzige Servisklasse erhöht wird), Schleusingen 12½, Schmalkalden 10, Schmölln 10, Schönebeck a. d. E. 15, Sömmerda 7½, Sondershausen 7½, Sonneberg 10, Stahlfurt 12½, Steinach 5, Stendal 12½, Suderode 2½ (und 2½ Saisonzuschlag), Suhl 10, Schwanebeck 12½, Schleiz 5, Tangermünde 10, Thale a. H. 12½, Torgau 7½, Waltershausen 10, Welda 10, Weimar 15, Weißenfels 12½, Wernigerode 12½, Wittenberg 12½, Wolmirstedt 5, Wünschendorf a. d. Elster 1½, Zahna 5, Zeitz 12½, Zella-Mehlis 5, Zerbst 10, Zeulenroda 10 Proz.

Die Aufstellung vorstehender Zuschläge geschah unter Anlehnung an die gegebenen Richtlinien. Soweit für die Orte die zukünftige Servisklasse noch nicht vorlag, mußte die alte Servisklasse die Grundlage zur Beurteilung u. a. mit bilden. Das neue Ortsklassenverzeichnis zur Reichsbesoldungsordnung liegt noch nicht vor. Die vorstehenden Beschlüsse sind nur provisorische, die endgültige Regelung erfolgt durch die vom Tarifausschusse dafür eingesetzte Kommission nach Fertigstellung erwähnter Ortslisten seitens der Reichsbehörden.

Halle a. d. S., den 9. April 1921.

Leo Fink, Prinzipalsvertreter. Hugo König, Gehilfenvertreter.

(Hierzu eine Beilage.)

Südwestdeutscher Maschinenmeistertag

Anläßlich des 30jährigen Jubelfestes des Maschinenmeistervereins Frankfurt a. M.-Offenbach hat derselbe beschlossen, für den

24. April 1921

einen

Südwestdeutschen Maschinenmeistertag

abzuhalten. Vormittags 9½ Uhr Besichtigung der Schriftgießerei Stempel, Hedderichstraße, und der Schriftgießerei Bauer, Moltke-Allee. In einer akademischen Feier soll die Ehrung unsrer Jubilare stattfinden. Als Mittelpunkt steht die Festrede des Kollegen Törband (Berlin). Eine Drucksachenausstellung in der Gewerbeschule soll Kenntnis geben von dem Wirken des Maschinenmeistervereins und dem Stande des Frankfurter Druckgewerbes. Wir laden nun alle Maschinenmeister und Kollegen von Südwestdeutschland und Nachbargegend für diesen Tag nach Frankfurt a. M. ein und erwarten zahlreichen Besuch.

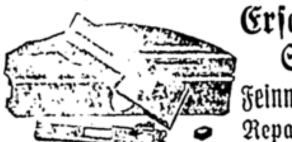
Der Vorstand des Maschinenmeistervereins Frankfurt a. M.-Offenbach.

NB. Vereine, welche an der Besichtigung teilnehmen wollen, bitten wir Zahl der Teilnehmer und Ankunft in Frankfurt a. M. an den Vorsitzenden K. Steinert, Frankfurt a. M., Rödelheimer Straße 3, zu senden.

Richter & Schaffernicht

Johannisgasse 10 **Leipzig** Königstraße 5

Fernsprecher Nr. 7653. Telegrammadresse: Gießmaschine.



Ersatzteilefabrik für Setzmaschinen

Feinmechanik-Maschinenbau

Reparaturanstalt für Schnellpressen und Rotationsmasch.

Gründliche Neuaufarbeitung von Linotype-, Typograph-, Monotype- und Monoline-Setzmaschinen sowie sämtliche Reparaturen. Anfertigung von Gießformen, Einsatzstücken, Ausstoßplatten, Spatienkeilen, Gleitdrähte, Quadratteile, Federn, Tastenknöpfe, Gießformen verstellbar. Für Schriftgießereien: Kerne, Instrumente, Pfannen, Kolben, Spitzen, Gießbleche usw.

Autogen-Schweißerei

Gewissenhafte Ausführung von Montagen, Aufstellen und Umzügen aller Setzmaschinensysteme, sowie Schnellpressen und Rotationsmaschinen und sämtlichen graphischen Maschinen. Kisten leihweise verfügbar.

An- und Verkauf von gebrauchten Maschinen.

Spezialmonteure für Setz- und Druckmaschinen aller Systeme sofort zur Verfügung

D. R.-P. **Lüders' Stromunterbrecher** D. R.-P.

am „Universal“-Bogenanleger, der erste und beste Apparat zur Verhütung des Durchbrennens der Brems- und Magnetspulen.

Neues verbessertes Modell! Von jedem Drucker selbst anzubringen!

Vor Ankauf ähnlicher Konstruktionen wird gewarnt!

Alleinhersteller und Erfinder: R. Lüders, Braunschweig, Goslarsche Straße 67. Prospekt zu Diensten. [119

Erfahrener

Linotypesetzer

für Zweibuchstabenmaschine in dauernde, über Minimum bezahlte Kondition möglichst bald gesucht. Es kommen nur Herren mit mehrjähriger Praxis in Frage. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an
129] „Gummersbacher Zeitung“, Gummersbach (Rhld.).

Tüchtiger Monotypesetzer

für Modell C, erfahrener Tabellensetzer, für Leipzig in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen unter Z. 123 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Maschinenmeister

für meine Buchdruckerei in dauernde Stellung gesucht. Es kommen nur Herren in Frage, die in der Anfertigung von Farbarbeiten und im Autotypiedruck Gutes leisten. Die schriftlichen, genauen Angaben wären mit Mustern zu belegen.

Karl Stöckigt, Saalfeld a. d. S.

Tüchtige Galvanoplastiker und Stereotypeure

werden für dauernde Stellung gesucht. [121

R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz 3/4.

Tüchtiger

Typographsetzer

mit mehrjähriger Praxis in schön gelegene Gegend der Grafschaft Glatz für bald gesucht. [142

E. Goegersche Buchdruckerei, Habelschwerdt.

Erfahrener

Maschinenmeister

findet Dauerstellung. Angebote mit Zeugnisabschriften an [141

Buchdruckerei B. Meyerheim, Brandenburg (Havel).

☛ Bei Arbeitsmarkt- sowie kleineren Anzeigen wollen Inserenten der Portoersparnis wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken, kein Stadtnotgeld. Geschäftsstelle des „Korr.“.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir einen durchaus selbständigen, gewissenhaften [132

Monotypegießer

in Dauerstellung. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten.

L. Schwann, Düsseldorf.

Junger, lediger

Akzidenz- und Anzeigensetzer

wünscht sich sofort zu verändern und erbittet Angebote unter Nr. 143 an die Geschäftsstelle d. Bl.

☛ Einzahlungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 61328

21jähriger

Schriftsetzer

bewandert im Akzidenz-, Anzeigen- und Werksatz, in noch ungekündigter Stellung, wünscht sich umständehalber zu verändern. Süddeutschland oder Hannover bevorzugt.

Gefl. Angebote unter W. M. 133 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Junger Maschinenmeister (Schweizerdegen), mit Doppelmaschine und allen vorkommenden Arbeiten einer mittleren Druckerei vertraut, sucht sofort Stellung. W. Kirchner, Freienwalde an der Oder, Georgenkirchstraße 1.

Tüchtiger, erstklassiger

Rotations-maschinenmeister

verheiratet, längere Zeit in Spezialfabrik tätig gewesen, daher bester Maschinenkenner der verschiedensten Systeme und in Montage und Reparaturen erfahren, sucht entsprechende angenehme, dauernde Vertrauensstellung, auch Ausland.

Offerten unter „Schwabe 134“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

„Typographia“ Berlin

Dienstag, den 19. April, abends 8 Uhr, in der Aula des Leibniz-Gymnasiums, Mariannenplatz 27:

Generalversammlung

Tagesordnung: Halbjahresbericht des Vorstandes, Vereinsmitteilungen, Verschiedenes. [136

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Stereotypeur Galvanoplastiker

erste Kraft, sauberer, flotter Arbeiter, sucht entsprechende Stellung.

Werte Offerten unter Nr. 138 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Setzregale und Kästen

sowie Formregale, Stegregale, Waschtische, Walzen- und Farbenschränke, Satzbretter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager [4

Bezner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Schlips- u. Verbandsnadeln

Werkzeugkästen verschließbar sow. sämtl. Werkz. für Maschinenmstr. u. Setzer empf. i. best. Qual. Kollege Max Voigt, Leipzig-Stötteritz, Papiermühlstr. 5 II. Preisliste gratis. [122

Maschinenband

Friedensqualität, liefern [13

Bezner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Deutsche Buchdrucker-Stenographenvereinigung Stolze-Schrey

zur Pflege u. Förderung in der Stenographie Sitz Berlin :: :: :: :: Gegründet 1909

Die wirtschaftlichen Verhältnisse zeigen, von wie großer Bedeutung die Kenntnis der Stenographie ist. Jeder stenographiekundige Kollege sollte daher der Vereinigung beitreten. Näheres durch Oskar Glöner, Neukölln, Pflügerstr. 78 II.

Teilzahlung

Uhren, Photoartikel, Musikinstrumente, Schmucksachen, Bücher.

Kataloge umsonst u. portofrei liefern

Jonass & Co., Berlin A. 407

Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Reparaturen, Montagen

werden gut und billig ausgeführt von
6] Ludwig Mortensen, Düsseldorf, Jordanstraße 7.

Buchdruckerverein in der Stadt Hannover

Sonntag, den 24. April, vormittags 9½ Uhr, im großen Saale des „Volksheims“: [128

Ordentliche Generalversammlung

Der Vorstand

Leipzig Maschinensetzer-vereinigung

Sonntag, 17. April: Besichtigung der elektrischen Setzmaschinenbeheizung der Firma Ramm & Seemann. Treffpunkt: Ecke Gerichtsweg und Eilenburger Straße pünktlich 9 Uhr vormittags. Anschließend, vormittags 10½ Uhr: Lichtbildervortrag über elektrische Setzmaschinenbeheizung in der Frauenhochschule, Königstraße 20. — Die auswärtigen Kollegen sind auf diesen Vortrag besonders hingewiesen. Der Vorstand.

Unterstützungskasse für Buchdrucker der Pfalz

Die diesjährige [118

Generalversammlung

findet am Sonntag, dem 29. Mai, statt. Anträge hierzu wollen bis zum 8. Mai an den Vorsitzenden A. Messemer in Neustadt a. d. Hdt., Fröbelstraße 19, eingereicht werden.

Musikinstrumente

aller Art

Garantie für hervorragende Güte

Max Dörfel, Klingenthal i. S. 15.

Preisliste frei

Nur noch geringe Vorräte zu diesen Preisen!

Jules Vernes Werke

25 verschied. Bände, geheftet für 125 Mk.

Abzahlung 12,50 Mk. monatlich.

Dumas Weltromane

9 Bände, elegant gebunden 180 Mk.

Graf v. Monte Christo — Totenhand — Drei Musketiere — 20 Jahre nachher — Zehn Jahre später — Der Herr der Welt — Halsband der Königin — Joseph Balsamo Kameliendame.

Abzahlung 18 Mk. monatlich.

C. H. Otto & Ko., Berlin-Lichterfelde.

Ich zahle 5 Mk. monatlich

und bestelle bei der Firma C. H. Otto & Ko., Berlin-Lichterfelde

Marlitts Romane

9 Bände, gebunden für 45 Mk.

(Anzeige voll. Adresse einsenden.)

Die Betriebsräteschule

Auskunftkartei zum Nachschlagen und zum Selbstunterricht. Abonnement auf Heft 1—15 je 4,80 Mk. Prospekt bitte zu verlangen von K. Siegl, München 9.

Für die mir zu meinem 50jährigen Berufs- und Geschäftsjubiläum in der Firma F. A. Brockhaus erwiesenen Ehrungen und Aufmerksamkeiten seitens meiner Herren Chefs, Vorgesetzten, Arbeitskollegen sowie allen, die meiner gedachten, sage ich hierdurch meinen herzlichen Dank! Max Reschke, Leipzig.

Ihrem Kollegen [125

Ludw. Aumüller

zum 50jährigen Berufsjubiläum am 18. April 1921

die herzlichsten Glückwünsche!

Die Kollegen der Stempelfabrik A. Mosthaf, Frankfurt a. M.

Allen denen, die mir zu meinem 50jährigen Berufsjubiläum von nah und fern ihre Glückwünsche sandten, insbesondere für die Ehrengabe meiner Kollegen, sage ich hiermit [135

herzlichsten Dank!

Berlin, 14. April 1921.

Franz Nagel.

Allen werten Vorständen und Kollegen von nah und fern, die mich zu meinem [131 50jährigen Verbandsjubiläum durch Glückwünsche und Ehrengaben erfreut haben,

herzlichsten Dank!

Breslau, April 1921.

Paul Bräunlich.

Nach kurzem Krankenlager verschied unser langjähriges Mitglied [130

Franz Gohlke

aus Guschl in Pommern, im Alter von 55 Jahren.

In treuem Gedenken

Leipziger Korrektorenverein.

Dienstag, den 12. April, verschied nach kurzem Krankfein unser lieber Kollege [120

Ferdinand Dießl

aus Hochlibin in Böhmen, im 41. Lebensjahre.

Sein Leben war Fleiß, Geschicklichkeit und Bescheidenheit.

Ein ehrendes Gedenken ist ihm für alle Zeit gesichert.

Die Graveure der Firma Giesecke & Devrient, Leipzig.

Am Montag, dem 11. April, verschied nach längerem Leiden ganz unerwartet unser lieber Kollege und Mitbegründer unsres Ortsvereins, der Setzer [117

Hans Suhr

im 47. Lebensjahre. Mit ihm ging ein treuer und stets hilfsbereiter Kollege von uns. Wir werden uns seiner stets dankbar erinnern.

Ortsverein Neubrandenburg i. M.

Am 9. April verschied nach langer Krankheit der Setzerinvalide [140

Georg Fritzinger

im Alter von 62 Jahren. Seine Tätigkeit innerhalb der Organisation sichert ihm allzeit ein ehrendes Gedenken.

Bezirksverein Kaiserslautern.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 10. April unser lieber Kollege und langjähriger Vorgesetzte, der Faktor [115

Albert Julius Knopke

im 62. Lebensjahre.

Wir werden demselben ein dauerndes Andenken bewahren.

Berlin, den 12. April 1921.

Das Personal der Buchdruckerei und Verlagsanstalt W. Röwer, Berlin.

Am 10. April entschlief nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger treuer Mitarbeiter, der Faktor unsrer Druckerei [114

Herr Albert Julius Knopke

im Alter von 62 Jahren.

Der Verstorbene war 37 Jahre in unserm Betrieb ununterbrochen tätig. Selbstlos und mit unermüdlichem Eifer hat er mitgewirkt an der Entwicklung der Druckerei aus kleinen Anfängen heraus. Vertrauensvoll durften wir ihm die Leitung des Betriebs überlassen. Stets hat er sein ebenso reiches wie seltenes Wissen und Können in nieversagender, unermüdlicher Aufopferung in unsre Dienste gestellt.

Im Laufe der Jahre gestaltete sich sein Verhältnis zu uns zu einem mehr denn freundschaftlichen. Um so schmerzlicher empfinden wir heute seinen Verlust. Unser immerwährender Dank folgt ihm über das Grab hinaus!

Möge ihm nach einem arbeitsreichen Leben und leidvollem Ende die Erde leicht werden!

Berlin, den 12. April 1921.

Buchdruckerei und Verlagsanstalt W. Röwer.

Georg Röwer.

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Helmholz in Leipzig, Salomonstraße 8 (Telephon 1411) — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich miteinzusenden.

Beilage zu Nr. 44 — Leipzig, den 16. April 1921

Redaktionsschluß: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Volkswirtschaft

Die Ursachen des Papierwuchers und seine Bekämpfung

II.

Der Papierwucher, wie er schon seit Jahren in Deutschland getrieben wird, und zwar je nachdem mit oder ohne offiziöse Sanktion, ist nur ein kleiner, aber besonders deutlicher Ausschnitt aus dem ganzen privatkapitalistischen Wuchergemälde der Gegenwart. Seit Jahr und Tag muß sich die große Masse des Volkes von allen nur erdenklichen „kaufmännischen" Praktikussen das Fell über die Ohren ziehen lassen. Und wir sind so frei, zu behaupten, daß an diesen beschämenden Verhältnissen die deutsche Presse nicht unschuldig ist. Der größte Teil ihrer maßgebenden Verleger hat diesen Geist der Volksausbeutung durch die privatkapitalistische Produktion und deren Finanzgeschäfte großziehen helfen, sei es durch gewisse Vorschriften für den redaktionellen Teil ihrer Zeitungen oder durch Unterwerfung unter die Diktatur der Inserenten größeren Kalibers. Niemand braucht sich daher zu wundern, daß solche bittere Früchte, wie sie schon seit langen Jahren der großen Masse des Volkes auf dem Gebiete der privatkapitalistischen Preisdiktatur ständig in den Schoß gelegt wurden, nun mehr und mehr auch den Zeitungsverlegern beschert werden. Sie ernten, was sie selbst gesät!

Es wäre zum Lachen, wenn dieses Theater auf dem Papiermarkte nicht so bitterernste Folgen auch für uns Buchdrucker wie für die gesamte deutsche Volkswirtschaft hätte. Denn in Wirklichkeit liegt die Sache, um die es sich hier dreht, noch viel schlimmer, als es bisher in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Aus der letzten Nummer des „Zeitungsverlags" (8. April), in der die Papierkrise für das Zeitungswesen in ihren Entstehungsphasen und weiteren Entwicklung etwas eingehender beleuchtet wird, kommt es zwischen den Zeilen zur Feststellung, daß die Herren Papierfabrikanten sehr fest im Sattel sitzen. Daß sie es sogar verstanden haben, den Reichswirtschaftsminister Scholz mit samt seinen Getreuen vor ihren Wagen zu spannen, wodurch sie in der Lage sind, den Zeitungsverlegern mit größter Rücksichtslosigkeit auf der Nase herumzutanzen.

Entspricht es z. B. nicht vollständig dem modernen „Business"-Geiste, daß ein Vertreter des heutigen Reichswirtschaftsministeriums keinen Anstoß daran nimmt, als zukünftiger Regierungsbevollmächtigter für die Außenhandelsstelle für das Papierfach (dessen Gehalt ausschließlich von den Papierindustriellen bezahlt wird) als sogenannter unparteiischer Verhandlungsleiter zwischen den letzteren und den Zeitungsverlegern zu amtieren? Der Herr Ministerialrat Plundner, der als Vertreter des Reichswirtschaftsministers diese schwere Bürde auf sich nahm, konnte ja gar nicht anders handeln, wenn er nicht selbst die nur sehr geduldete Rolle der Herren Zeitungsverleger gegenüber den gewaltigen Vertretern der Herren Stinnes, Hugenberg usw. spielen wollte. Und wenn der Reichsarbeitsminister Scholz selbst nichts andres zu tun wußte, als, wie der „Zeitungsverlag" mit Entrüstung berichtet, in größter Seelenruhe seine Fingernägel zu putzen, als ihm eine Abordnung der Zeitungsverleger allerhand Beschwerden über seinen Adlatus Plundner vorbrachte, so hat er zwar sehr wenig höflich gehandelt, aber dennoch *ehrlicher*, als wenn er den Beschwerdeführern Versprechungen auf Abhilfe gemacht hätte, die er gar nicht erfüllen konnte; weil eben die angeklagten Papierindustriellen und ihre Standesgenossen der Großindustrie viel stärker sind als er. Der Reichswirtschaftsminister kennt seine Pappenheimer besser als sie sich selbst! Er ist ja in der Lage, aus dem deutschen Blätterwalde tagtäglich schwarz auf weiß zu lesen, welch getreue Schildknappen der privatkapitalistischen Wirtschaftsform die Herren Kreisblatt- und die meisten Großstadtverleger sind. Daran hat auch der von den gekränkten Zeitungsverlegern nachträglich vollzogene Abbruch der Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium gar nichts geändert. Die Herren der Papierindustrie können nun erst recht machen, was sie wollen, und die Regierungsvertreter werden sich dieserhalb keine grauen Haare wachsen lassen; sie werden nach wie vor tun, als ob sie etwas täten!

Die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Zeitungspapier liegt in jener Richtung, in die die Herren des Papiersyndikats das Reichswirtschaftsministerium von Anfang an zu drängeln verstanden haben. Für die Papierfabrikanten war es immer ein böser Stein des Anstoßes, daß es bisher möglich war, unter der Kontrolle der öffentlichen Papierbewirtschaftung durch das Auslandsgeschäft aus den Valutagewinnen einige Erleichterung für die inländischen Papierpreise zu erzielen. Nachdem daher die Vertreter der Zeitungsverleger in böser Verstimmung über ungezügelte Attacken eines Herrn Minoux, des Generalbevollmächtigten des Herrn Stinnes, gegen sie die Tür des Verhandlungssaals im Reichswirtschaftsministerium von draußen zugemacht hatten, da blühte der Weizen der Herren der Papiermacherei erst recht auf. Und der Protest der Zeitungsverlegerversammlung von Hannover erzielte das Gegenteil: es wurde von der Regierung die bisherge öffentliche Bewirtschaftung des Zeitungspapiers aufgehoben, die Papierproduktion und ihr Verkauf dem „freien Spiel der Kräfte" preisgegeben. Erst gelang es den Herren des Papiersyndikats, den sogenannten Hartmann-Konzern, der unter der Zwangsbewirtschaftung die Ausfuhr überwachen und die daraus sich ergebenden Überschüsse kontrollieren sollte, durch ganz raffinierten Papierschmuggel auszuhöhlen und zum Bersten zu bringen. Und nun ist auch noch der letzte Rest einer Zwangsbewirtschaftung des Zeitungspapiers in angeblicher Konsequenz des flammenden Protestes der Zeitungsverleger gegen die angekündigte Papierpreiserhöhung gefallen. Damit haben der von der deutschen Presse gegen alle gemeinwirtschaftlichen Ideen stets und ständig über den Schellenkönig gelobte freie Handel und die freie Produktion glänzend gesiegt!

Dem Papierwucher ist nunmehr erst recht Tür und Tor geöffnet. Dabei ist noch beachtenswert, daß der Papierpreis in letzter Zeit nicht 3,05 Mk für das Kilogramm Zeitungspapier, sondern 2,60 Mk. betrug, wie wir dem „Zeitungsverlag" ebenfalls entnehmen; was bisher die Herren Zeitungsverleger sehr gut zu verschweigen wußten. Die Papierfabrikanten hatten jedoch nicht nur eine Erhöhung bis zu 4 Mk., sondern noch mehr gefordert. Nun soll nach Scholz 3,60 Mk. als angemessen gelten; und beide Verbände des Papiersyndikats haben sich flugs diese Empfehlung zunutze gemacht; sie fordern jetzt durch Zirkular 3,60 Mk. Dieses „Geschäft" ist möglich, weil an die Stelle der öffentlichen Bewirtschaftung die „private Zwangswirtschaft" getreten ist, wie der „Zeitungsverlag" den Gang der Dinge in den letzten Tagen in vorsichtiger Umschreibung seiner bekannten Sympathie für die freie Wirtschaft darzustellen beliebt. Denn nach Auffassung des Organs der Zeitungsverleger wird durch die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung des Zeitungspapiers nicht die freie Wirtschaft auf dem Papiermarkt eingeführt, sondern die private Zwangsbewirtschaftung durch das Papiersyndikat. Die freie Wirtschaft besteht nach dem „Zeitungsverlag" so lange nicht, als durch die schlechte Valuta Auslandspapier nicht mit dem deutschen Papier konkurrieren, und solange nicht die Errichtung neuer Papierfabriken wieder zu Preisen möglich sei, die den neuen Unternehmungen auch bei sinkenden Papierpreisen die Konkurrenz mit den bestehenden Papierfabriken möglich mache. Rein theoretisch betrachtet, dürften diese Feststellungen als ziemlich logisch zu bewerten sein. Nur haben auch diese Gründe ihre sehr kritische Rückseite. Denn einmal ist es unbestreitbare Tatsache, daß es innerhalb der privatkapitalistischen Produktion eine völlig freie Wirtschaft überhaupt *nie* gegeben hat, daß sie höchstens in nationalökonomischen Lehrbüchern spukt. Immer suchten einzelne Interessentenkreise den Markt zu beherrschen. Die ganze privatkapitalistische Wirtschaftsordnung ist auf dieses Ziel eingerichtet. Und die Mittel und Wege, die auf diesem Gebiet eingeschlagen werden, sind durchsetzt von allen Lastern der Menschheit: Betrug, Krieg, Schiebung, Börsenspekulation, Ausbeutung von Notlagen, Täuschungsversuchen über die Marktlage, Reklametricks, Patent- und Lizenzhemmungen, Irreführung der öffentlichen Meinung und Aufkauf der letzteren usw. usw. Das ganze gegenwärtige Wirtschaftselend ist darauf zurückzuführen, daß die gesamte Struktur der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung auf die Beherrschung des Marktes aller wichtigen Bedarfsartikel in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft durch Überwindung und Erdrosselung aller Freiheit des Schaffens und Handelns einschließlich des Denkens durch die besitzende Klasse eingestellt ist. Und der Gang dieser Entwicklung ist der, daß die finanziell Stärksten mehr und mehr alles an sich reißen und beherrschen. So wäre z. B. die Einfuhr ausländischen Papiers aus Österreich nach Deutschland sehr wohl möglich, da die österreichische Valuta bekanntlich weit unter der deutschen steht. Und erst in den letzten Wochen ging durch die Presse die Meldung, daß zwischen Österreich und Spanien Lieferungsverträge für riesige Papiermengen zu Preisen abgeschlossen wurden, die *weit* unter den deutschen Papierpreisen liegen. Das deutsche Papiersyndikat aber wird jedenfalls schon längst alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um die Papiereinfuhr aus Österreich zu verhindern. Und die Errichtung neuer Papierfabriken ist auch nur dadurch erschwert, daß die deutsche Maschinenindustrie unter einer privaten Zwangswirtschaft der Metallindustriellen steht, die die Maschinenpreise ins Ungeheure steigert. So liegt es auf allen Gebieten der deutschen Volkswirtschaft. Selbst die Güter-, Personen-, Post- und Telegraphentarife müssen ständig höher geschraubt werden, weil die Produktionsmittel dieser Verkehrsanstalten unter den diktatorischen Preisen aller nur denkbaren Syndikate, Kartelle, Trusts, Konzerne usw. stehen, die gegenüber der Steigerung der Gehälter der Beamten in den genannten Verkehrsanstalten um ein Vielfaches höher sind. Der Begriff freie Wirtschaft ist ein Phantom, das in der Vergangenheit niemals vorhanden war und in der Gegenwart noch weit mehr an Utopie grenzt als die radikalsten Sozialisierungsprobleme.

Selbst im deutschen Zeitungsgewerbe ist die Freiheit der einzelnen Verleger ein leerer Wahn. Angefangen vom kleinsten Provinzblatte bis zu der größten Tageszeitung steht jede Zeitung unter dem Druck der privatkapitalistischen Beherrschung. Wirklich freie und selbständige Zeitungen sind nur noch weiße Raben! Wir wären in der Lage, diese Behauptung an der Hand unendlicher Beispiele aus dem praktischen Leben des Zeitungsgewerbes zu beweisen. Und wir begreifen daher die Inbrunst, mit der die Zeitungsverleger diesen Tatsachen gegenüber für die „freie" Wirtschaft schwärmen und trotzdem gleichzeitig für öffentliche Zwangsbewirtschaftung der Papierindustrie eintreten, wo es sich um ihr eignes Interesse handelt. Es ist ein verhängnisvoller Zickzackkurs, der hier in Erscheinung tritt. Aber er ist typisch für die volkswirtschaftliche Rat- und Hilflosigkeit der Zeitungsverleger selbst. Sie können oder wollen nicht einsehen, daß es sozusagen eine konsequente Entwicklung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform ist, die auch der Papierfrage gegenüber keine Ausnahme zuläßt. Die Macht der Zeitungspapierfabrikanten stützt sich auf das ganze privatkapitalistische System und ist daher auch kein spezielles Verdienst dieser Herren. Und der „christliche" Wirtschaftsminister, der nichts andres zu tun weiß, als in Ungeduld über die Klagen der Zeitungsverleger seine Fingernägel zu putzen, weil er ganz genau weiß, daß er den „kaufmännischen" Fähigkeiten eines Stinnes gegenüber doch zu ohnmächtig ist, um dem „Zuge der Zeit" auf der privatkapitalistischen Stufenleiter Einhalt zu gebieten, ist nur der Puffer zwischen Kapitalisten hüben und drüben. Und weil er von den Zeitungsverlegern noch nie gehört hat, daß sie letzten Endes nicht gute Miene zum bösen Spiele gemacht hätten, braucht er sich auch vorläufig keine weiteren Sorgen zu machen. Die Zentrumspresse, von deren Gnaden er nicht weniger abhängig ist als von der nationalen Presse, macht unter dem bekannten Druck ihrer „höheren Interessen" sowieso keinen großen Spektakel wegen des neuen Raubzugs der Papierfabrikanten, und die „nationale" Presse steht unter den Fittichen der Schwerindustriellen, die es sich schon etwas kosten lassen werden, um die öffentlichen Verkünder und Verteidiger ihrer privatwirtschaftlichen „vaterländischen" Profitquellen über Wasser zu halten. Es sind Reklamekosten der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, die gerade denjenigen am meisten nützen, die am meisten dafür zahlen können.

Alle die Ursachen, die wir bisher als Grundlagen des Papierwuchers aufgezählt haben, sind aber nur ein kleiner Teil der Gefahren und der Notlage, in die die deutsche Presse, ja nicht einmal diese allein, sondern auch die ausländische Presse, mit der Entwicklung der privatkapitalistischen Profitwirtschaft geraten ist. Das Kapitel der Beherrschung und Aufsaugung aller wichtigen Nachrichtenvermittlungsstellen, Telegraphen- und Korrespondenzbureaus für den Pressedienst durch die Großindustrie ist noch viel schlimmer als der Papierwucher selbst. Gerade in diesen Tagen, wo sich eine ganz raffinierte Expropriation des bisher noch einzigen einigermaßen selbständigen Nachrichtenbureaus von Dammert durch Stinnes vollzogen hat, zeigt sich so recht die geradezu trostlose Abhängigkeit der deutschen Presse von der Gnade der Industriekönige aller Länder. Da wir beabsichtigen, diese privatkapitalistische Versklavung der sogenannten öffentlichen Meinung gelegentlich einer besonderen Betrachtung zu unterziehen, wollen wir uns hier nur noch darauf beschränken, einen Weg zu zeigen, der bei entschlossener Tatkraft aller noch einigermaßen selbständigen Zeitungsverleger dem Papierwucher gegenüber Abhilfe schaffen könnte. Wir betonen dabei nochmals, daß wir an ein Zurückweichen der Papierfabrikanten nicht denken. Diese haben in den letzten Jahren soviel verdient, daß sie ganz ruhig längere Zeit jeder Einschränkung des Papierverbrauchs durch die Zeitungsverleger zusehen können; sie werden selbst Produktionseinschränkungen nach Belieben vornehmen können. Aber die Zeitungsverleger werden sich nur ins eigne Fleisch schneiden, wenn sie durch Beschränkung des Umfangs ihrer Zeitungen den Zeitungskonzernen der Großindustriellen das Feld überlassen. Auch die Hoffnung auf Herabsetzung der Frachtentarife für den Papiertransport und der Anzeigensteuer wird eine verfehlte sein. Denn wie schon einmal bemerkt, brauchen sowohl die Reichseisenbahnen wie die Reichspost und das Reichsfinanzwesen gerade infolge der *privatkapitalistischen* Verteuerung aller Produktionsmittel zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe und zur Bezahlung der durch die Verteuerung aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens unbedingt erforderlichen Mittel für Arbeitslöhne und Gehälter die hohen Einnahmen. Das Reich kann erst dann die Tarif- und Steuerschraube lockern, wenn es selbst nicht mehr von den privatkapitalistischen Lieferanten so unverschämt ausgebeutet wird wie heute!

Gerade in dieser Richtung rächt sich die Haltung der deutschen Presse als Vasall der kapitalistischen Profitwirtschaft an ihr selbst. Die Preisentwicklung der letzteren hat das Zeitungsgewerbe noch viel schneller als die meisten andern Produktionszweige der deutschen Volkswirtschaft in jene Grenze gebracht, wo eine restlose Abbürdung der Gestehungskosten auf die Kundschaft *nicht mehr möglich* ist, sondern von dieser durch Verzicht oder Einschränkung auf den Bezug und die Inanspruchnahme der Presse beantwortet wird. Hier schließt sich der Kreis des privatkapitalistischen Profitzirkels und setzt seine Wirkungen auf die Zeitungsverleger als dessen Wortführer

zuzufallen. Es kann daher für vernünftig denkende Zeitungsverleger, die sich ihrer Mission als Verwalter und Verkünder der öffentlichen Meinung im Interesse des gesamten deutschen Volkes noch einigermaßen bewußt sind, nur einen Weg geben, und zwar jenen, der aus diesem profitgierigen Kreise der privatkapitalistischen Produktion herausführt. Wäre diese Erkenntnis in Zeitungsverlegerkreisen allgemein verbreitet, so ließe sich die Lösung dieses Problems ohne größere Schwierigkeiten durchführen. Denn wenn die deutsche Presse unter rücksichtsloser Darlegung der großen Gefahren des Papierwuchers für das gesamte deutsche Volk sich in möglichst geschlossener Phalanx für die Gemeinwirtschaft in der deutschen Papierfabrikation öffentlich eintreten und ihre große Macht der Beeinflussung der öffentlichen Meinung in dieser Richtung geltend machen würde, so wäre das kein Mißbrauch der Presse, sondern gegenüber der privatkapitalistischen Knebelung der Meinungsfreiheit ein Akt selbstverständlicher Notwehr, dem sich auf die Dauer keine Regierung und keine politische Partei wird entziehen können, ohne von der Bildfläche verschwinden zu müssen. Aber leider ist unter den heutigen Verhältnissen und viel zu weit vorgeschrittenen Abhängigkeiten des großen Teiles der deutschen Presse von den rücksichtslosen Profitinteressen der in- und ausländischen Großindustriellen an eine solche wirksame Abwehraktion gar nicht ernstlich zu denken. Der größte Teil der von der bekannten wie geheimen Kapitalmacht abhängigen Presse dürfte an einer solchen Abwehrbewegung überhaupt nicht teilnehmen. Deren „Lehrer" werden immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Es wird in absehbarer Zeit nur noch eine verhältnismäßig kleine Zahl von vorläufig noch kleinbürgerlichen Zeitungsverlegern übrig bleiben. Da aber auch diese zum größten Teil grundsätzlich von einer Umgestaltung der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung nichts oder nur wenig wissen wollen, so dürfte die Bekämpfung des Papierwuchers auch von dieser Seite über platonische Proteste kaum hinauskommen.

Für jene Zeitungsverleger aber, die ernstlich gewillt sind, den Kampf mit den großkapitalistischen Preis- und Papiervampyren aufzunehmen, bleibt nur der eine Ausweg, auf dem Wege genossenschaftlicher Selbsthilfe den Wucherring der Papierfabrikanten zu durchbrechen. Sie müssen die genossenschaftliche Eigenproduktion des Druckpapiers selbst in die Hand nehmen. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat in letzter Zeit selbst ein besonderes Wirtschaftsamt errichtet, dazu kommt noch das Wirtschaftsamt des Deutschen Buchdruckervereins; beide Institutionen sollten in der angedeuteten Richtung sofort alle Hebel in Bewegung setzen, um entweder durch schnellste Anknüpfung von geschäftlichen Verbindungen mit den großen und leistungsfähigen Papierfabriken Österreichs eine Verbilligung und Erleichterung der Zufuhr von Zeitungspapier zu erreichen, oder aber durch Errichtung einer eignen Papierfabrik die Preisdiktatur des Papiersyndikats zu brechen. Für die gesamte deutsche Arbeiterpresse (gewerkschaftliche wie politische) sollte in Gemeinschaft mit der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine der gleiche Weg ohne Verzug beschritten werden. Der Papierbedarf für die gesamte Arbeiterpresse ist so groß, daß nicht nur eine, sondern mehrere Papierfabriken vollauf für sie allein beschäftigt werden könnten. Es kommt nur darauf an, daß an dieses Projekt mit unbeugsamer Entschlossenheit herangetreten wird.

Mit dem bisherigen Jammern über die Rücksichtslosigkeit und Profitgier der Papierfabrikanten und mit der Spekulation auf Staatshilfe wird das Übel nicht beseitigt. Hier kann nur zielbewußte und praktische Selbsthilfe Bresche schlagen. Und mit dem Warten bis auf den Tag, an dem die Arbeiterschaft endgültig die politische Macht erobert habe, wie es die Kommunisten sich vorstellen, wird noch viel weniger erreicht. Denn unterdessen festigen die Herren Stinnes und Konsorten ihre Macht immer mehr und schwächen in gleichem Maße die Aussichten auf eine endliche Befreiung der Menschheit aus den Fesseln des Kapitalismus. Die Arbeiterpresse ist verpflichtet, schon um ihrer Selbsterhaltung willen, sich aus dieser Umklammerung des Papierwuchers zu befreien. Und die Arbeiterschaft wird sich der Einsicht in die Notwendigkeit einer von privatkapitalistischen Fesseln unabhängigen Presse nicht verschließen, wenn ihr entsprechende Vorschläge in dieser Richtung unterbreitet werden. Wir erinnern nur daran, daß erst vor wenigen Tagen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beinahe im Handumdrehen 4 Mill. Mk. für die Schaffung eines großen Verwaltungsgebäudes der deutschen Gewerkschaften flüssig machen konnte, und zwar durch Festsetzung eines einmaligen Umlagebetrags von nur 50 Pf. pro Jahr und Kopf auf jedes Gewerkschaftsmitglied. Auf das einzelne Mitglied kommt von diesen 4 Mill. Mk. also nur ein Pfennig in der Woche. Eine zehnfach so hohe Summe wäre ohne größere Schwierigkeiten auch für die Einführung der Eigenproduktion des Papiers für die ganze Arbeiterpresse und Literatur in kürzester Zeit flüssig zu machen. Hier wäre die Möglichkeit geboten, durch eine entschlossene praktische Tat zu beweisen, daß die deutsche Arbeiterschaft weiß, um was es sich dreht, wenn sie ihre Presse und ihre Literatur den Klauen privatkapitalistischer Ausbeutung entwinden kann. Eine großzügige Durchführung dieses Projektes wäre die beste und wirksamste Antwort auf den Aufkauf und die Erdrosselung der deutschen öffentlichen Meinung durch die deutschen Großindustriellen. An den wirklich freiheitlich denkenden Zeitungsverlegern wird es dann liegen, diesem Beispiele zu folgen oder sich nach und nach vollständig ins Schlepptau der Börsen- und Industriediktatoren nehmen zu lassen.

□□□□□ Korrespondenzen □□□□□

Berlin. Sein 50jähriges Buchdruckerjubiläum feiert am 18. April Kollege Richard Claus. Er begann seine Laufbahn in der vormaligen Deckerschen Buchdruckerei. Auf eine Tätigkeit in der G. Langenscheidtschen Druckerei kann er seit 27 Jahren zurückblicken. Seine geistige und körperliche Rüstigkeit möge ihm noch recht lange erhalten bleiben!

Berlin. (Brandenburgischer Maschinensetzerverein.) In der Quartalsversammlung am 3. April ehrte man das Ableben eines Kottbuser Kollegen in der üblichen Weise. Der hierauf vom Kassierer erstattete Bericht wies eine Einnahme (einschließlich Bestand und eines aufgenommenen Darlehns) von 7918.41 Mk. auf, der eine Ausgabe von 7895.35 Mk. gegenübersteht. In Wirklichkeit schließt das Vierteljahr mit einem Defizit von 526.94 Mark. Die nachgesuchte Entlastung wurde einstimmig erteilt. Der vom Vorsitzenden mitgeteilten Bewegungsstatistik ist zu entnehmen, daß Ende März ein Mitgliederbestand von 1184 zu verzeichnen war. Die Sammlung für den in bitterste Not geratenen Kollegen Rudies ergab bisher 2500 Mk. Weitere Beiträge laufen noch ein. Am 8. Mai findet eine Wanderversammlung in Potsdam statt, in der Kollege Krauß vom Verbandsvorstande referieren wird. Bekanntgegeben wurde, daß der Verein die „Typographischen Mitteilungen" für die Mitglieder nicht mehr abonniert. Bestellungen sind nunmehr in den Druckereien zu erledigen. Hierauf hörte die Versammlung einen Vortrag des Herrn Direktors Amsler von der Astern-Gesellschaft über: „Die elektrische Beheizung an den Setzmaschinen". Durch kurze Erläuterung des Magnets, Schilderung der Entstehung der Elektrizität sowie Beschreibung der Eigenschaften des elektrischen Stromes stellte er das Interesse der Versammelten und führte sie in das Gebiet der Elektrizität ein. Im zweiten Teile seiner Ausführungen demonstrierte er mit Hilfe von Lichtbildern die elektrische Beheizung „System Winkler" in allen seinen Einzelheiten. In der folgenden, recht anregenden Debatte wurden verschiedene Mängel zur Sprache gebracht. Anderseits wurde aber auch von Kollegen, die längere Zeit mit elektrischer Beheizung arbeiten, festgestellt, daß sie anfangs dieselben Schwierigkeiten gehabt hätten, heute aber sehr zufrieden seien. Im allgemeinen kam der Wunsch zum Ausdruck, daß die elektrische Beheizung bald überall Eingang finden möchte. Zur Aufnahme meldeten sich 14 Kollegen.

Braunschweig. Am 11. April konnte der Setzerkollege Bernhard Schenk aus Laliau sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum begehen. Die schwarze Kunst erlernte er in Bielefeld, besah sich dann die Welt gründlich, diente seine Zeit beim Militär und landete nach verschiedenen andern Konditionen 1887 in Braunschweig, wo er seßhaft wurde und noch heute bei der Firma Albert Limbach tätig ist. Der Weltkrieg brachte auch ihm einen herben Verlust, denn seinen einzigen Sohn (auch ein Kollege) mußte er dem Vaterland opfern. — Desgleichen konnte am 18. April der Faktor Robert Schwettje den Tag begehen, an welchem er vor 50 Jahren in Braunschweig bei obiger Firma in die Lehre trat. Als junger Kollege versuchte er auch sein Glück in der Fremde, doch fand er in der damaligen schlechten Zeit (1876) keine Kondition und kehrte nach hier zurück. Durch seine Tätigkeit für den Verband mußte er seine Stellung noch öfter wechseln, bis er in der Buchdruckerei August Günther („Volksfreund") festen Fuß faßte. Als 1906 die Sozialdemokratische Partei den „Volksfreund" in eigner Druckerei herstellte, übernahm er dort den Faktorposten, den er bis heute, bis auf eine zwangsweise Unterbrechung, noch inne hat. Im Vorstande des Bezirksvereins war er Bibliothekar, Revisor, zweiter Vorsitzender und von 1895 bis 1907 Bezirksvorsteher. Während dieser Zeit besuchte er wohl sämtliche Gautage des Gaues Hannover sowie die Generalversammlungen des Verbandes in Halle, Mainz, München und Dresden. Außerdem war er mit der Vertretung der Versicherten beim Versicherungsamte lange Jahre betraut. Das Leben hat auch ihm arg mitgespielt, doch wünschen wir beiden Jubilaren ferner Gesundheit und einen recht sonnigen Lebensabend.

Hamburg. (Unliebsam verspätet.) Bei der Firma Auer & Co. begingen am 20. März der Geschäftsführer Kollege E. Schräder und am 31. März die Setzerkollegen Hermann Andreas und W. Wähling (Abteilung „Hamburger Echo") ihr 50jähriges Berufsjubiläum. Viele Jahre hindurch nahm Andreas regen und tätigen Anteil am Hamburger Vereinsleben. Die Jubilare wurden in üblicher Weise von der Kollegenschaft geehrt mit dem Wunsche, daß sie noch manches Jahr in alter Rüstigkeit in ihrem Kreise wirken mögen.

Kassel. Unsere diesjährige Bezirksversammlung fand am 20. März statt. Bezirksvorsitzender Kreiß begrüßte unsern Verbandsvorsitzenden Seitz sowie die zahlreich erschienenen Bezirksmitglieder und dankte der Sängerschar der „Kasseler Typographia" für den zu Anfang der Versammlung gut vorgetragenen Chor. Nach einigen Mitteilungen erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Eine Diskussion zum Jahresberichte wurde nicht beliebt. Die Entschädigungssätze für den Vorstand bleiben bis auf den des Kassierers die bisherigen. Bei Aufstellung der Kandidaten zur Wahl des Bezirksvorstandes wurden die alten bis auf zwei freiwillig ausscheidende und ein von hier verzogenes Mitglied wieder vorgeschlagen. (Die Urabstimmung wurde am 24. März vorgenommen. Vorsitzender ist wiederum Kollege Kreiß, Kassierer Kollege Köhler.) Nunmehr erhielt Verbandsvorsitzender Seitz das Wort zu einem Vortrag. In zweistündigen Ausführungen gab er ein Bild über die gegenwärtige, nicht rosige Wirtschaftslage, ferner den Bericht von der letzten Gauvorsteherkonferenz in Berlin. Er schloß seine sehr interessanten Ausführungen mit dem Wunsche, daß nur Einigkeit das Symbol für die Zukunft für uns sein möge. Kollege Kreiß dankte dem Redner und ging sodann zum letzten Punkte der Tagesordnung: „Erhöhung des Bezirksbeitrags ab 1. April", über. Dieser wurde auf 50 Pf. pro Woche erhöht.

Mainz. Die Bezirksversammlung am 20. März ehrte in üblicher Weise das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Neu aufgenommen wurden sechs Kollegen. Vorsitzender Weyrich gab ein Schreiben des Verbandsvorstandes bekannt, worin dieser es ablehnt, bei einem eventuellen Vorgehen betreffs Sonderzulage Unterstützung zu gewähren. In schärfsten Worten nahm die Versammlung Stellung zu dem Beschlusse des Verbandsvorstandes und eine entsprechende Resolution fand Annahme. Der Bezirksbeitrag wurde um 10 Pf. erhöht. Eine hiesige Firma machte sich fortgesetzt der Überschreitung der für Lehrlinge gesetzlich festgelegten Arbeitszeit schuldig und Kollege Weyrich gab ein Schreiben des Staatskommissars für wirtschaftliche Demobilmachung bekannt, worin dieser mitteilte, daß Lehrlinge nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden dürfen, und er ein Gesuch des Prinzipals um die Erlaubnis zur Längerbeschäftigung abgelehnt habe. Nach einem kurzen Bericht über die Kartellsitzung und Mitteilung einiger interner Angelegenheiten fand anschließend eine außerordentliche Generalversammlung der Krankengeldzuschußkasse statt. Da unser Gauvorsteher Conradi morgens verhindert war, zu erscheinen, fand am Nachmittag nochmals eine Versammlung statt, um den Bericht über die Gauvorsteherkonferenz entgegenzunehmen. Die Diskussion wurde in sehr sachlicher Weise geführt, und alle Redner gaben ihre Zustimmung zu der beschlossenen Beitragserhöhung. Im Schlußwort appellierte Kollege Conradi an die Kollegen in eindringlichen Worten, die Gleichgültigkeit abzustreifen und sich an den Versammlungen reger zu beteiligen, denn die Gleichgültigkeit sei der größte Feind der Arbeiterschaft. Die Versammlung lohnte durch starken Beifall die Ausführungen des Kollegen Conradi.

Schmölln (S.-A.). Am 11. April konnte unser Kollege Franz Neupert, gebürtig aus Schleiz, sein 50jähriges Berufsjubiläum begehen. Er trat am 11. April 1871 in Schleiz in der Druckerei von Rosenthal in die Lehre, mußte seine Lehrzeit aber infolge familiärer Verhältnisse unterbrechen und beendete dieselbe in Gera bei der Firma Buhr & Dräger. Nachdem er ausgelernt hatte, konditionierte er in Uslar (Hann.), Hamm (Westf.) und kehrte später nach Gera zurück, wo er aber durch Krankheit gezwungen wurde, seine Kondition aufzugeben. 1889 trat der Jubilar in das Geschäft seines Schwagers, der Firma Hermann Böckel in Schmölln, ein, wo er es bis zum Prokuristen brachte und heute noch in geistiger und körperlicher Frische tätig ist. Zu seinen Ehren fand am Morgen eine kurze Feier mit Überreichung einer Dankadresse in den Geschäftsräumen statt, und am Abend vereinigten sich sämtliche Kollegen mit ihrem Prinzipal zu einer würdigen Feier, zu der auch unser Bezirksvorsteher Wislaug und Bezirkskassierer Kunze (Altenburg) erschienen waren und die Glückwünsche des Bezirks Altenburg und des Gaues Thüringen überbrachten und dabei eine Glückwunschadresse und ein Geschenk überreichten. Möge dem Jubilar, der nun 46 Jahre dem Verband angehört, ein langer, sonniger Lebensabend beschieden sein!

Regensburg. Unser Bezirksmaschinenmeisterklub hielt am 19. März eine gutbesuchte Versammlung ab. Vorsitzender Geierer begrüßte die Erschienenen und richtete zugleich Worte an sie zur fleißigen Mitarbeit und Versammlungsbesuch. Ein lehrreicher Vortrag des Kollegen Geierer über „Das Zunftwesen des Mittelalters und die Gegenwart" fand bei den Mitgliedern allgemeinen Beifall. Verschiedene Fragen wurden noch unter „Technischem" und „Vereinsangelegenheiten" aufgeworfen.

Siegen. Die am 13. März am Vorort abgehaltene erste ordentliche Bezirksversammlung war ziemlich gut besucht. Vorsitzender Maubach begrüßte die erschienenen Kollegen. Der Jahresbericht und die Jahresabrechnung wurden debattelos genehmigt, ebenso die Bestätigung des Vorstandes. Sodann erstattete der Vorsitzende Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz in Köln. In kurzen, klaren Zügen kennzeichnete er den Gang der Verhandlungen und ermahnte am Schlusse seiner Ausführungen die Kollegenschaft zu noch engerem und festerem Zusammenschluß. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

M. Wurzen. Sein 50jähriges Berufs- und Geschäftsjubiläum beging am 13. April unser Mitglied, der Setzerfaktor Franz Geißler. Vor 50 Jahren bei der Firma Gustav Jacob („Wurzener Tageblatt") als Lehrling eingetreten, hat er dieser ein Menschenleben lang seine Treue in aufopfernder Arbeit bewiesen und nur wenige Tage versäumt. Seitens der Firma wurde diese Arbeitertreue dankend anerkannt und der Jubilar in sinngemäßer Weise geehrt. Auch die Kollegenschaft entbietet ihm herzliche Glückwünsche und hofft, daß dem Jubilar trotz schwerer Schicksalsschläge, die der Krieg auch ihm brachte, die Rüstigkeit und Frische erhalten bleibe, und daß die Zeit sich nunmehr bald so gestalte, daß dem verehrten Arbeiterveteran ein ruhiger Lebensabend möglich ist.